Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: STEIGENDE ZAHL DER WOLFSANGRIFFE IST EIN ALARMSIGNAL

05.05.2023

- **Mehr getötete Nutztiere im ersten Quartal 2023 als im gesamten Jahr 2022**
- **Landesregierung muss Missstand bei Probenentnahme abstellen**
- **Freie Demokraten fordern Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht**

Wiebke KNELL, umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung angesichts der deutlich gestiegenen Zahlen durch Wolfsrisse getöteter Nutztiere aufgefordert, sich nicht länger romantischen Wolfsphantasien hinzugeben. „Wenn im ersten Quartal dieses Jahres in Hessen schon mehr Tiere durch Wolfsangriffe umgekommen sind als im gesamten Jahr 2022, dann ist das ein Alarmsignal, zumal auch die Zahl der sesshaften nachgewiesenen Wölfe und damit die Bedrohung weiter steigt“, erklärt Knell in Bezug auf die heutige Berichterstattung der Deutschen Presse-Agentur, die sich auf Zahlen des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG).

Die Zahl der Wölfe wie auch der getöteten Nutztiere könnte möglicherweise noch höher sein als offiziell vermerkt. „Wichtig sind eine zuverlässige Probenentnahme bei getöteten Tieren und eine gute Erreichbarkeit der Wolfshotline des zuständigen HLNUG.“ Immer wieder berichten Betroffene, dass Rissgutachter zu spät oder gar nicht entsendet werden. „Diesen Missstand muss die Landesregierung abstellen. Wenn Proben zu spät oder gar nicht entnommen werden, können Wölfe oder gar Problemwölfe als Verursacher nicht identifiziert werden, und ohne Nachweis bekommen Tierhalterinnen und Tierhalter keine Entschädigung“, erläutert Knell. So hätten auch Betroffene der jüngsten Wolfrisse am vergangenen Wochenende im Hochtaunuskreis von Schwierigkeiten berichtet, einen Rissgutachter zu bekommen.

Knell erneuert in diesem Zusammenhang ihre Forderung nach einem

Abgerufen am 04.12.2025 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=63644

Wolfsbestandsmanagement und einer Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht. „Dann könnten Wölfe im Zweifelsfall auch entnommen werden. Dauerhaft wird eine unkontrolliert wachsende Wolfspopulation in Hessen nicht mit der Weidetierhaltung vereinbar sein.“ Sogenannte Problemwölfe könnten rechtlich schon jetzt benannt und erschossen werden.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 04.12.2025 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=63644